

BESCHLÜSSE

BESCHLUSS (EU) 2023/940 DES RATES

vom 4. Mai 2023

über den im Namen der Europäischen Union in dem mit dem Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits eingesetzten Sonderausschuss für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit zu vertretenden Standpunkt im Hinblick auf die Festlegung eines Standardformblatts für Rechtshilfeersuchen nach Artikel 635 Absatz 1 des genannten Abkommens

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 82 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9,

gestützt auf den Beschluss (EU) 2021/689 des Rates vom 29. April 2021 über den Abschluss — im Namen der Union — des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits und des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Sicherheitsverfahren für den Austausch und den Schutz von Verschlusssachen ⁽¹⁾,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits ⁽²⁾ (im Folgenden „Abkommen über Handel und Zusammenarbeit“) wurde mit dem Beschluss (EU) 2021/689 geschlossen.
- (2) Teil Drei Titel VIII des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit ergänzt die Bestimmungen des am 20. April 1959 in Straßburg unterzeichneten Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen, des am 17. März 1978 in Straßburg unterzeichneten Zusatzprotokolls zum Europäischen Rechtshilfeabkommen und des am 8. November 2001 in Straßburg unterzeichneten Zweiten Zusatzprotokolls zum Europäischen Rechtshilfeübereinkommen und erleichtert ihre Anwendung zwischen den Mitgliedstaaten einerseits und dem Vereinigten Königreich andererseits.
- (3) Die Richtlinie 2014/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽³⁾ über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen und der Rechtsakt des Rates vom 29. Mai 2000 über die Erstellung des Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ⁽⁴⁾ werden gemäß den Verträgen angewandt.
- (4) Nach Artikel 635 Absatz 1 des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit übernimmt der Sonderausschuss für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit die Aufgabe, durch Annahme eines Anhangs dieses Abkommens ein Standardformblatt für Rechtshilfeersuchen festzulegen. Wenn der Sonderausschuss für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit einen Beschluss angenommen hat, der ein solches Standardformblatt festlegt, so ist nach Artikel 635 Absatz 2 des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit dieses Standardformblatt für Rechtshilfeersuchen zu verwenden.

⁽¹⁾ ABl. L 149 vom 30.4.2021, S. 2.

⁽²⁾ ABl. L 149 vom 30.4.2021, S. 10.

⁽³⁾ Richtlinie 2014/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen (ABl. L 130 vom 1.5.2014, S. 1).

⁽⁴⁾ ABl. C 197 vom 12.7.2000, S. 1.

- (5) Das Standardformblatt für Rechtshilfeersuchen wird die Rechtshilfe zwischen den zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten einerseits und dem Vereinigten Königreich andererseits dadurch erleichtern, dass darin alle notwendigen Informationen angegeben sind, die ein Rechtshilfeersuchen enthalten sollte.
- (6) Es ist angezeigt, den Standpunkt festzulegen, der im Namen der Union im Sonderausschuss für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit zu vertreten ist.
- (7) Das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit ist aufgrund des Beschlusses (EU) 2021/689, der sich auf Artikel 217 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union als materielle Rechtsgrundlage stützt, für alle Mitgliedstaaten verbindlich.
- (8) Dänemark und Irland sind aufgrund des Beschlusses (EU) 2021/689 durch Teil Drei des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit gebunden und beteiligen sich daher an der Annahme und Anwendung des vorliegenden Beschlusses, mit dem das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit durchgeführt wird —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der im Namen der Union im Sonderausschuss für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit im Rahmen des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zu vertretende Standpunkt zur Festlegung eines Standardformblatts für Rechtshilfeersuchen, ist in dem diesem Beschluss beigefügten Entwurf eines Beschlusses dieses Sonderausschusses enthalten.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 4. Mai 2023.

Im Namen des Rates
Der Präsident
J. BORRELL FONTELLES

ENTWURF

**BESCHLUSS Nr. ... DES MIT ARTIKEL 8 ABSATZ 1 BUCHSTABE r DES ABKOMMENS ÜBER
HANDEL UND ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DER
EUROPÄISCHEN ATOMGEMEINSCHAFT EINERSEITS UND DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND ANDERERSEITS EINGESETZTEN
SONDERAUSSCHUSSES**

vom ...

zur Festlegung eines Standardformblatts für Rechtshilfeersuchen (2023 ⁽¹⁾/...)

DER SONDERAUSSCHUSS FÜR DIE POLIZEILICHE UND JUSTIZIELLE ZUSAMMENARBEIT —

gestützt auf das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits (im Folgenden „Abkommen über Handel und Zusammenarbeit“), insbesondere auf Artikel 635 Absatz 1 —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang 50 des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zur Festlegung eines Standardformblatts für Rechtshilfeersuchen in Strafsachen wird entsprechend der Anlage zu diesem Beschluss angenommen.

Artikel 2

Dieser Beschluss wird am ersten Tag des dritten Monats nach seiner Annahme wirksam.

Geschehen zu ...

*Im Namen des Sonderausschusses für die polizeiliche und
justizielle Zusammenarbeit
Die Ko-Vorsitzenden*

⁽¹⁾ Nach Regel 9 Absatz 2 des Anhangs 1 des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit registriert das Sekretariat alle Beschlüsse oder Empfehlungen unter einer laufenden Nummer und mit einem Verweis auf den Tag ihrer Annahme.

Anlage

ANHANG 50 des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit

RECHTSHILFEERSUCHEN IN STRAFSACHEN

Dieses Formblatt ist von den zuständigen Behörden zu verwenden, für die es nach dem Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland gilt.

Die bereitgestellten Informationen müssen relevant sein und dürfen nicht über das hinausgehen, was für die Erledigung dieses Ersuchens im Einklang mit den einschlägigen Datenschutzanforderungen erforderlich ist.

<p>ABSCHNITT A</p> <p>Aktenzeichen:</p> <p>Ersuchender Staat:</p> <p>Ersuchende Behörde:</p> <p>Ersuchter Staat:</p> <p>Ersuchte Behörde (falls bekannt):</p>
<p>ABSCHNITT B: Dringlichkeit</p> <p>Geben Sie bitte an, ob Dringlichkeit gegeben ist, weil</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Beweismittel unterdrückt oder vernichtet werden <input type="checkbox"/> der Verhandlungstermin unmittelbar bevorsteht <input type="checkbox"/> eine Person inhaftiert ist <input type="checkbox"/> die Verjährungsfrist abläuft <input type="checkbox"/> sonstige Gründe vorliegen <p>Führen Sie dies bitte aus:</p> <p>.....</p> <p>Die Fristen für die Erledigung des Ersuchens sind in Artikel 640 des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit festgelegt. Falls dieses Ersuchen jedoch dringend ist und/oder Maßnahmen bis zu/zu einem bestimmten Zeitpunkt erfordert, führen Sie dies bitte aus und geben Sie den Grund an:</p> <p>.....</p>
<p>ABSCHNITT C: Vertraulichkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Dieses Ersuchen ist vertraulich <p>Machen Sie ggf. bitte zusätzliche Angaben:</p> <p>.....</p>
<p>ABSCHNITT D: Verhältnis zu früheren oder gleichzeitigen Rechtshilfeersuchen</p> <p>Geben Sie ggf. bitte an, welche Maßnahmen in diesem Verfahren oder in damit zusammenhängenden Verfahren getroffen wurden, um dieses Beweismittel auf anderem Wege zu erlangen. Geben Sie bitte an, ob dieses Rechtshilfeersuchen frühere oder gleichzeitige Rechtshilfeersuchen an den ersuchten Staat und ggf. an einen weiteren Staat ergänzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Frühere Kontakte zu Strafverfolgungsbehörden, Staatsanwälten oder sonstigen Behörden <p>Machen Sie Angaben zu früheren Kontakten des ersuchenden Staates, einschließlich des Namens des Staates, der kontaktierten Behörde, der einschlägigen Kontaktdaten und etwaiger Aktenzeichen:</p> <p>.....</p> <p>.....</p>

- Frühere damit zusammenhängende oder gleichzeitige Rechtshilfeersuchen oder Europäische Ermittlungsanordnungen

Machen Sie die für die Ermittlung der früheren Ersuchen relevante Angaben, einschließlich des Namens des Staates, der Behörde, der es übermittelt wurde, des Datums des Ersuchens und der Aktenzeichen der ersuchenden und der ersuchten Behörde:

.....

.....

- Sonstiges

Machen Sie ggf. Angaben zu diesem anderen Rechtshilfeersuchen:

.....

.....

ABSCHNITT E: Gründe für das Ersuchen

1. Einstufung der Straftat(en)

Um sicherzustellen, dass dieses Ersuchen an die zuständige Stelle gerichtet wird, Art und rechtliche Einstufung der Straftat(en), auf die sich das Ersuchen bezieht:

.....

.....

Geben Sie bitte die Höchststrafe, die Verjährungsfrist und ggf. den Wortlaut der gesetzlichen Bestimmung einschließlich der einschlägigen Bestimmungen über Sanktionen an:

.....

.....

2. Zusammenfassung des Sachverhalts

Beschreibung des Verhaltens, das die Straftat(en) darstellt, auf die sich das Rechtshilfeersuchen bezieht, und Zusammenfassung des zugrunde liegenden Sachverhalts:

.....

.....

Bei Ersuchen um Zustellung von Verfahrensschriftstücken und Gerichtsentscheidungen geben Sie bitte eine kurze Zusammenfassung der zuzustellenden Schriftstücke und/oder Entscheidungen, falls diese nicht in der Sprache des ersuchten Staates vorliegen:

.....

.....

Bei anderen Ersuchen beschreiben Sie bitte, wie die Beweismittel/Maßnahmen, auf die sich das Ersuchen bezieht, zu den Ermittlungen und zur Verfolgung der Straftat(en) beitragen können:

.....

.....

Stadium der Ermittlungen oder des Verfahrens:

- Ermittlungen
 - Strafverfolgung
 - Gerichtsverhandlung
 - Sonstiges, bitte angeben:
-
-
-

Ggf. Beschreibung der mit der Erlangung dieses Beweismittels verbundenen Risiken:

.....

.....

Ggf. sonstige Informationen, die der ersuchende Staat als für die Vollstreckungsbehörde bei der Erledigung des Rechtshilfeersuchens für nützlich ansieht:

.....
.....

3. Handelt es sich bei dieser Straftat um eine in Artikel 640 Absatz 6 des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit genannte Verkehrsstraftat:

- Ja
- Nein

4. Art des Verfahrens, auf das sich das Ersuchen bezieht:

- Verfahren in Bezug auf Straftaten, deren Ahndung zum Zeitpunkt des Rechtshilfeersuchens in die Zuständigkeit der Justizbehörden des ersuchenden Staates fällt
- Verfahren, das Verwaltungsbehörden wegen Handlungen eingeleitet haben, die nach dem nationalen Recht des ersuchenden oder des ersuchten Staates als Zuwiderhandlungen gegen Rechtsvorschriften geahndet werden, sofern gegen die Entscheidung ein insbesondere in Strafsachen zuständiges Gericht angerufen werden kann.

ABSCHNITT F: Identität der betroffenen natürlichen oder juristischen Personen

Machen Sie bitte nur Angaben, die relevant sind und nicht über das hinausgehen, was für dieses Ersuchen erforderlich ist. Wenn mehr als eine Person betroffen ist, machen Sie die Angaben bitte zu jeder Person.

1. Geben Sie, soweit bekannt, alle Angaben zur Identität der von der Maßnahme betroffenen Person(en) an:

i) Im Falle natürlicher Personen

Name:

Vorname(n):

Ggf. sonstige relevante Namen:

Ggf. Aliasnamen:

Geschlecht:

Staatsangehörigkeit:

Identitätsnummer oder Sozialversicherungsnummer:

Art und Nummer der Ausweisdokumente (Personalausweis, Reisepass), falls verfügbar:
.....

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Wohnsitz und/oder bekannte Anschrift; falls die Anschrift nicht bekannt ist, die letzte bekannte Anschrift angeben:
.....

Arbeitsplatz (einschließlich Kontaktdaten):

Sonstige Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer):

Sprache(n), die die Person versteht:

Beschreiben Sie bitte die derzeitige Stellung der betroffenen Person in dem Verfahren:

- Verdächtige oder beschuldigte Person
- Opfer

Zeuge

Sachverständiger

Dritter

Sonstiges (bitte ausführen):

ii) Im Falle juristischer Personen

Name:

Rechtsform der juristischen Person:

Ggf. Kurzbezeichnung, üblicher Name oder Handelsname:
.....

Eingetragener Sitz:

Registernummer:

Anschrift der juristischen Person:

Sonstige Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer):

Name des Vertreters der juristischen Person:

Beschreiben Sie bitte die derzeitige Stellung der betroffenen Person in dem Verfahren:

Verdächtige oder beschuldigte Person

Opfer

Zeuge

Sachverständiger

Dritter

Sonstiges (bitte ausführen):

2. Sonstige relevante Informationen:
.....
.....

ABSCHNITT G: Erforderliche Maßnahmen

1. Geben Sie bitte an, welche Maßnahme erforderlich ist:

Durchsuchung und Beschlagnahme (in diesem Fall muss Abschnitt H1 ausgefüllt werden)

Bereitstellung von Schriftstücken und/oder Geschäftsunterlagen

Bereitstellung von Bankunterlagen oder Informationen von anderen Finanzinstituten (in diesem Fall muss Abschnitt H2 ausgefüllt werden)

Zustellung von Verfahrensschriftstücken und Gerichtsentscheidungen mit Unterstützung des ersuchten Staates

Einholung von Informationen oder Beweismitteln, die sich bereits im Besitz des ersuchten Staates befinden

Einholung von Informationen, die sich in den Datenbanken von Polizei- oder Justizbehörden befinden

Aussagen und Vernehmungen (in diesem Fall müssen Abschnitt F „Identität der betroffenen natürlichen oder juristischen Personen“ und Abschnitt I „Bei der Erledigung einzuhaltende Formalitäten und Verfahren“ ausgefüllt werden):

- Zeuge
- Sachverständiger
- Verdächtige oder beschuldigte Person
- Opfer
- Dritter

Vernehmung per Videokonferenz, Telefonkonferenz oder sonstige audiovisuelle Übertragung (in diesem Fall muss Abschnitt H4 ausgefüllt werden):

- Zeuge
- Sachverständiger
- Verdächtige oder beschuldigte Person
- Opfer
- Dritter

Einholung von Teilnehmer-/Entitätsdaten (in diesem Fall muss Abschnitt H3 ausgefüllt werden)

Einholung von Verkehrs-/Ereignisdaten (einschließlich Standortdaten) (in diesem Fall muss Abschnitt H3 ausgefüllt werden)

Einholung von Inhaltsdaten (in diesem Fall muss Abschnitt H3 ausgefüllt werden)

Ermittlungsmaßnahme zur Erhebung von Beweismitteln in Echtzeit, fortlaufend oder über einen bestimmten Zeitraum:

- Überwachung von Bank- oder sonstigen Finanzgeschäften
- Kontrollierte Lieferungen
- Sonstiges (ggf. bitte ausführen):

Vorläufige Maßnahme(n) zur Sicherung von Beweismitteln, zur Aufrechterhaltung der bestehenden Lage oder zum Schutz bedrohter rechtlicher Interessen (in diesem Fall muss Abschnitt H5 ausgefüllt werden)

Zeitweilige Überstellung einer inhaftierten Person in den ersuchten Staat (in diesem Fall muss Abschnitt H6 ausgefüllt werden)

Zeitweilige Überstellung einer inhaftierten Person in den ersuchenden Staat (in diesem Fall muss Abschnitt H6 ausgefüllt werden)

Verdeckte Ermittlungen (in diesem Fall muss Abschnitt H7 ausgefüllt werden)

Sonstiges (ggf. bitte ausführen):
.....
.....

2. Beschreiben Sie bitte die erforderliche Unterstützung, geben Sie, falls bekannt, die Orte, an denen sich die Beweismittel (vermutlich) befinden, an und machen Sie die für die Durchführung dieser Maßnahme erforderlichen Angaben. Zur Beantragung von Formalitäten oder Verfahren siehe Abschnitt I:

.....
.....
.....

ABSCHNITT H: Zusätzliche Anforderungen bei bestimmten Maßnahmen

Füllen Sie die Abschnitte aus, die für die Ermittlungsmaßnahme(n), um die ersucht wird, relevant sind.

ABSCHNITT H1:Durchsuchung und Beschlagnahme

Natürliche oder juristische Person, die mit der Durchsuchung in Verbindung steht. Wenn mehr als eine Person betroffen ist, machen Sie die Angaben bitte zu jeder Person:

.....
.....

Zu durchsuchende Räume. Führen Sie bitte aus, wie die Person mit den Räumen in Verbindung steht. Wenn mehr als eine Person betroffen ist, machen Sie die Angaben bitte zu jeder Person:

.....
.....

Welche Beweismittel werden gesucht? Geben Sie das Material, nach dem gesucht werden soll, so genau wie möglich an:

.....
.....

Warum ist Ihres Erachtens zu erwarten, dass die Beweismittel an dem oben genannten Ort gefunden werden und für die Ermittlungen relevant und von erheblichem Wert sind:

.....
.....

Besteht die Gefahr, dass ausschließlich für den Adressaten bestimmte Informationen offengelegt werden? Falls ja, führen Sie dies bitte aus:

.....
.....
.....

Müssen Beamte des ersuchenden Staates bei der Durchsuchung anwesend sein? (Falls ja, führen Sie dies bitte in Abschnitt I aus):

- Ja
- Nein

Informationen, die im Zusammenhang mit Ermittlungen in anderen Staaten, die Auswirkungen auf dieses Ersuchen um Durchsuchung und Beschlagnahme haben könnten, bekannt sind:

.....
.....

Sonstige relevante Informationen im Zusammenhang mit der Durchsuchung und Beschlagnahme:

.....

ABSCHNITT H2:Informationen über Bank- oder sonstige Finanzkonten

Wenn mehr als ein Konto betroffen ist, machen Sie die Angaben bitte zu jedem Konto.

Geben Sie bitte an, welche Informationen gesucht werden:

- Informationen über Bankkonten, deren Inhaber die betroffene Person ist oder für die sie eine Vollmacht hat
- Informationen über sonstige Finanzkonten, deren Inhaber die betroffene Person ist oder für die sie eine Vollmacht hat
- Informationen über Bankgeschäfte:
 - Kontoauszüge
 - Kontoeröffnungsunterlagen
 - Vollmacht oder zusätzlicher Name auf dem Konto
 - Sonstiges (ggf. bitte ausführen):

- Informationen über sonstige Finanzgeschäfte:
 - Kontoauszüge
 - Kontoeröffnungsunterlagen
 - Vollmacht oder zusätzlicher Name auf dem Konto
 - Sonstiges (ggf. bitte ausführen):

Falls verfügbar, bitte angeben:

Name des Kontoinhabers:

Name der Bank/des Finanzinstituts:

IBAN oder Kontonummer und Bankleitzahl:

Zeitlicher Ablauf der Transaktionen:

- Sonstiges (ggf. bitte ausführen):

Begründen Sie bitte zusätzlich, warum diese Beweismittel für die Ermittlungen relevant und von erheblichem Wert sein dürften, einschließlich der Verbindung zwischen dem Konto und der begangenen Straftat:

Falls notwendig, machen Sie bitte zusätzliche Angaben, die für die Erledigung dieses Ersuchens erforderlich sein könnten:

ABSCHNITT H3: Teilnehmer-, Verkehrs-, Standort- und Inhaltsdaten

Art der erbetenen Daten:

- Teilnehmer-/Entitätsdaten (z. B. Vertrag für einen Telefonanschluss oder eine IP-Adresse), bitte angeben:
- Verkehrs-/Ereignisdaten, bitte angeben:
- Standortdaten, bitte angeben:
- Inhaltsdaten (z. B. Speicherauszug aus der (Web-)Mailbox oder Nachrichtenprotokoll, Schnappschuss), bitte angeben:
- Sonstiges, bitte angeben:

Für alle Ersuchen um Teilnehmer-, Verkehrs- oder Standort- und Inhaltsdaten sind die folgenden Informationen erforderlich:

- Datum (TT.MM.JJJJ):
- Zeitstempel (hh:mm:ss):
- Zeitzone:

Machen Sie weitere Angaben, die zur Ermittlung der erbetenen Daten beitragen können:

- IP-Adresse (und ggf. Port-Nummer):
- Telefonnummer(n):
- IMEI-Nummer(n):
- Sonstiges (bitte ausführen):

ABSCHNITT H4: Video- oder Telefonkonferenz oder sonstige audiovisuelle Übertragung

Falls um Vernehmung per Videokonferenz oder Telefonkonferenz oder sonstige audiovisuelle Übertragung ersucht wird:

Geben Sie bitte den Namen der Behörde an, die die Vernehmung durchführen wird (falls verfügbar auch Name des Vernehmenden/Kontaktdaten/Sprache):

.....

Vorgeschlagene Daten (TT.MM.JJJJ):

Beginn der Konferenz (hh:mm:ss):

Zeitzone:

Ungefähre Dauer der Vernehmung:

Technische Details:

Name des Standorts:

Kommunikationssystem:

Kontaktdaten des Technikers (Sprache):

Datum und Uhrzeit der Vorabprüfung:

Kontaktdaten des Vorabprüfers, falls bekannt:

Sprachen- und Dolmetschregelung:

Sonstige Erfordernisse (ggf. bitte ausführen):

.....

.....

.....

Dieses Ersuchen betrifft eine verdächtige oder beschuldigte Person, und die Vernehmung stellt die Verhandlung dar oder ist Teil dieser Verhandlung

Gründe, warum die persönliche Anwesenheit des Zeugen oder Sachverständigen nicht wünschenswert oder möglich ist:

.....

Geben Sie bitte an, ob die Person, die verdächtige Person oder die beschuldigte Person ihre Zustimmung erteilt hat:

Ja

Nein

Ich ersuche darum, vor Erledigung dieses Ersuchens die Zustimmung der betreffenden Person einzuholen

ABSCHNITT H5: Vorläufige Maßnahmen

Falls um eine vorläufige Maßnahme zur Sicherung von Beweismitteln, zur Aufrechterhaltung der bestehenden Lage oder zum Schutz bedrohter rechtlicher Interessen ersucht wird, geben Sie bitte an, ob:

- der Gegenstand dem ersuchenden Staat übermittelt werden soll
- der Gegenstand im ersuchten Staat verbleiben soll; geben Sie bitte an, wann voraussichtlich:
die vorläufige Maßnahme aufgehoben wird:
- ein den Gegenstand betreffendes Anschlussersuchen gestellt wird:

ABSCHNITT H6: Überstellung einer inhaftierten Person

1. Falls für die Zwecke der Ermittlungen um die zeitweilige Überstellung einer inhaftierten Person in den ersuchenden Staat ersucht wird, geben Sie bitte an, ob die betreffende Person dieser Maßnahme zugestimmt hat:

- Ja Nein Ich ersuche darum, ihre Zustimmung einzuholen

2. Falls für die Zwecke der Ermittlungen um die zeitweilige Überstellung einer inhaftierten Person in den ersuchten Staat ersucht wird, geben Sie bitte an, ob die betreffende Person dieser Maßnahme zugestimmt hat:

- Ja Nein

Falls notwendig, machen Sie bitte zusätzliche Angaben:

ABSCHNITT H7: Verdeckte Ermittlungen

Geben Sie bitte an, warum die verdeckte Ermittlungsmaßnahme Ihres Erachtens für die Zwecke des Strafverfahrens relevant ist:

.....
.....
.....

Machen Sie bitte die folgenden Angaben:

- a) Angaben, die zur Identifizierung der Zielperson der verdeckten Ermittlungen erforderlich sind:
- b) Gewünschter Beginn und gewünschte Dauer der verdeckten Maßnahme:
- c) Angaben zu den Fahrzeugen/der Anschrift, die Gegenstand der verdeckten Maßnahme sind:
- d) Falls notwendig, machen Sie bitte zusätzliche Angaben, die für die Erledigung dieses Ersuchens relevant sind:

.....
.....

ABSCHNITT I: Bei der Erledigung einzuhaltende Formalitäten und Verfahren

1. Falls zutreffend, bitte ankreuzen und ausfüllen

- Es wird darum ersucht, dass die betreffende/zuständige Behörde des ersuchten Staates die folgenden Formalitäten und Verfahren einhält (einschließlich der an die Person zu richtenden Rechtsbelehrungen/Hinweise/Warnungen):

.....

2. Falls zutreffend, bitte ankreuzen und ausfüllen

Es wird darum ersucht, dass einer oder mehrere Beamte des ersuchenden Staates bei der Erledigung des Ersuchens anwesend sind und die zuständigen Behörden des ersuchten Staates unterstützen.

Name, Funktion und Kontaktdaten der Beamten:

.....
.....

Sprachen, in denen kommuniziert werden kann, falls von der in Abschnitt J angegebenen Sprache abweichend:

.....

Art der von Beamten des ersuchenden Staates zu leistenden Unterstützung und/oder weitere relevante Angaben:

.....
.....

3. Sichere Übermittlung von Informationen und/oder Beweismitteln

Geben Sie bitte einen sicheren elektronischen Übermittlungsweg an, wenn die elektronische Übermittlung akzeptiert wird:

.....
.....

Falls die elektronische Übermittlung nicht akzeptiert wird oder in diesem Fall ungeeignet wäre, geben Sie bitte die gewünschte Art der Übermittlung an:

.....

ABSCHNITT J: Angaben zu der Behörde, die das Ersuchen gestellt hat

1. Name der Behörde, die das Ersuchen gestellt hat:

Name des Vertreters/Ansprechpartners:

Anschrift:

Telefonnummer: (Landesvorwahl) (Gebiets-/Ortsvorwahl)

E-Mail:

2. Name der Behörde, die strafrechtliche Ermittlungen durchführt, falls von den Angaben oben abweichend:

.....

Name und Funktion eines Beamten, der strafrechtliche Ermittlungen durchführt:

.....

Anschrift:

Telefonnummer: (Landesvorwahl) (Gebiets-/Ortsvorwahl)

E-Mail:

3. Sprachen, in denen mit der ersuchenden Behörde kommuniziert werden kann:

.....

4. Kontaktdaten der Personen, die wegen zusätzlicher Informationen oder praktischer Vorkehrungen für die Übermittlung von Beweismitteln kontaktiert werden können, falls von den Angaben oben abweichend:

Name/Funktion/Organisation:

Anschrift:

E-Mail:

Telefonnummer:

ABSCHNITT K: Unterschrift

Mit der Unterzeichnung dieses Formblatts bestätige ich, dass

- das Ersuchen, wie es in diesem Formblatt wiedergegeben ist, inhaltlich richtig ist,
- dieses Ersuchen von einer zuständigen Behörde gestellt worden ist,
- dieses Ersuchen für die Zwecke des Verfahrens erforderlich ist und
- die Ermittlungsmaßnahmen, um die ersucht wird, unter den gleichen Bedingungen in einem ähnlichen innerstaatlichen Fall hätten angeordnet werden können und ggf. die erforderliche Genehmigung erteilt worden ist.

Unterschrift der ersuchenden Behörde und/oder ihres Vertreters:

Name:

Funktion:

Datum:

Dienststempel (falls verfügbar):

Anlagen (falls zutreffend):

.....